



Ehepaar Krause

Krauses Halbwahrheit

Bundesverkehrsminister Günther Krause (CDU) hat über die Beschäftigung einer Haushaltshilfe, die zum größten Teil vom Arbeitsamt bezahlt wurde, nicht die ganze Wahrheit gesagt. Über seine Sprecherin hatte der Christdemokrat aus Mecklenburg-Vorpommern (Monatseinkommen: rund 30 000 Mark) am vorigen Freitag erklären lassen, das Arbeitsamt in Bad Doberan habe seiner Familie eine 50 Jahre alte Frau für wöchentlich 18 Stunden vermittelt. Das Amt habe zugleich einen Lohnkostenzuschuß von 70 Prozent angeboten, weil die Hilfskraft „eine Langzeitarbeitslose“ gewesen sei. Die Wahrheit sieht anders aus. Tatsächlich hatte sich das Arbeitsamt zunächst geweigert, 600 Mark des Monatslohns von 858 Mark zu übernehmen. Verhandlungen über einen „Einarbeitungszuschuß“ für die Haushaltshilfe scheiterten, weil den Krauses der gesetzlich erlaubte Zuschuß von 30 Prozent nicht genügte. Ein zweiter Antrag von Krauses Ehefrau Heidrun für einen Zuschuß von 70 Prozent wurde am 17. Februar rückwirkend zum 1. November vorigen Jahres genehmigt. Seltsam bleibt ein weiteres Detail der Beschäftigung der Hilfskraft. Nach Krauses Darstellung wurde die Haushälterin schon im vorigen August vermittelt. Damals hätte sie jedoch noch keinen rechtlichen Anspruch auf die staatliche Förderung für Langzeitarbeitslose gehabt. Das dafür notwendige Mindestalter von 50 Jahren erreichte die Hilfe erst im Oktober, kurz vor dem im Februar auf Anfang November rückdatierten Vertragstermin. Berechtigte „Zuwendungsempfänger“ sind nach den gesetzlichen Bestimmungen ohnehin nur juristische Personen des öffentlichen oder Einrichtungen des privaten Rechts, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Krause verzichtete inzwischen auf die Fördermittel und erklärte sich bereit, die bereits erhaltenen Zuschüsse zurückzuzahlen.

Kohl will in die Borsig-Villa

Nach Bundespräsident Richard von Weizsäcker will auch Bundeskanzler Helmut Kohl seine Berlin-Präsenz verstärken. Noch in diesem Jahr, versprach Kohl Parteifreunden an der Spree, werde er die Borsig-Villa, einst im Besitz der gleichnamigen Berliner Industriellenfamilie, als Dienstwohnung und provisorischen Berliner Amtssitz herrichten lassen.

Das prächtige Gebäude am Tegeler See, derzeit Sitz der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, wird seit Wochen schon von Sicherheitsexperten sowie Beamten aus dem Kanzleramt und Protokoll-Fachleuten inspiziert. „Alle paar Tage rückt eine neue Delegation aus Bonn an“, klagt der Vorsitzende des Stiftungs-Kuratoriums, Hans-Rimbert Hemmer. Er rechnet fest mit der Kündigung, „vielleicht sogar noch im März“.

Die Entscheidung des Bundespräsidenten, nicht in das Kronprinzenpa-

lais „Unter den Linden“ umzuziehen, sondern seinen Sitz im West-Berliner Schloß Bellevue zu behalten, hat die Pläne für die künftige Stadtmitte durcheinandergebracht. Am Dienstag dieser Woche will der gemeinsame Bonn-Berliner Hauptstadt-Ausschuß über die neue Lage beraten und „Nägel mit Köpfen machen“ (Bundesbauministerin Irmgard Schwaetzer).

Präsident, Kanzler und Außenminister Klaus Kinkel haben sich mit der Bauministerin und dem Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen bereits auf ein neues Konzept geeinigt: Der Palast der Republik und das ehemalige DDR-Außenministerium sollen abgerissen werden; auf dem dann wieder freigelegten Gelände des Berliner Stadtschlusses sollen nicht nur das neue Außenministerium, sondern auch ein Kongreß-Zentrum und eine Bibliothek gebaut werden.



Villa Borsig

USA blieben hart

Die USA haben die Bundesregierung bei den Verhandlungen über das Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut auflaufen lassen. In monatelangen Verhandlungen scheiterte das Auswärtige Amt mit dem Versuch, eine Besserstellung deutscher Arbeitnehmer bei den Alliierten zu erreichen. Das vorige Woche in aller Stille unterzeichnete Abkommen stößt bei der SPD und den Gewerkschaften auf Widerstand, weil die zivilen Beschäftigten bei den US-Streit-

kräften auch künftig von den Mitbestimmungsrechten des Betriebsverfassungsgesetzes ausgeschlossen werden. Auch die Bundesregierung ist mit dem Ergebnis unzufrieden. „Es besteht keine realistische Chance, noch ins Gewicht fallende Verbesserungen zu erzielen: Auch die letzten Versuche, auf politischer Ebene bei der US-Administration weiteres Entgegenkommen zu erreichen, hatten keinen Erfolg“, heißt es in einer vertraulichen Kabinettsvorlage. Die SPD kann das Abkommen jetzt über den Bundesrat zu Fall bringen.